



Newsletter

12. Februar 2021

Corona – „Den Erfolg nicht gefährden“

Die Landesregierung hat in einer Kabinettsitzung über die Ergebnisse der Bund-Länder-Konferenz beraten und entsprechende Beschlüsse gefasst. „Die bisherigen Anstrengungen haben sich gelohnt, die Infektionszahlen sind deutlich gesunken. Diesen Erfolg dürfen wir aber nicht gefährden und deswegen haben sich Bund und Länder darüber verständigt, die allermeisten Regelungen bis zum 7. März zu verlängern“, sagte Ministerpräsident Volker Bouffier.

Am 19. Februar – Gedenken zum Anschlag von Hanau

Zum ersten Jahrestag des rassistisch motivierten Anschlags von Hanau werden Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Ministerpräsident Volker Bouffier und Hanaus Oberbürgermeister Claus Kaminsky gemeinsam in einer Gedenkfeier des Landes Hessen und der Stadt Hanau an die neun Opfer der Tat erinnern. An der Veranstaltung, die am 19. Februar 2021 in Hanau stattfinden wird, wird außerdem Rudi Völler als Ehrenbürger der Stadt Hanau teilnehmen.

Ausbildung – „Das Land braucht auch in Zukunft Fachkräfte“

Mit einem neuen Förderprogramm will Hessen Ausbildungsplätze in kleinen und mittleren Unternehmen aktivieren. Betriebe sollen sich dabei mit anderen Unternehmen oder Bildungseinrichtungen zu Ausbildungsverbänden zusammenschließen, wie Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir mitteilte.

Außerdem in dieser Ausgabe:

- ▶ Finanzen – Haushaltsabschluss 2020 veröffentlicht
- ▶ Kunst – „Die vielfältige Landschaft der Kultur stützen“
- ▶ Neuer Hessenplan – Sonderprogramm für Eigenheime startet
- ▶ Frauenrechte – Elisabeth-Selbert-Preis ausgeschrieben
- ▶ Geschichte – Glauberg und Heuneburg sollen UNESCO-Welterbe werden

Zahl der Woche, Link der Woche, Hessenbilder, Impressum

Mehr dazu auf den folgenden Seiten

Corona – „Den Erfolg nicht gefährden“

Die Landesregierung hat in einer Kabinettsitzung über die Ergebnisse der Bund-Länder-Konferenz beraten und entsprechende Beschlüsse gefasst. „Die bisherigen Anstrengungen haben sich gelohnt, die Infektionszahlen sind deutlich gesunken. Diesen Erfolg dürfen wir aber nicht gefährden und deswegen haben sich Bund und Länder darüber verständigt, die allermeisten Regelungen bis zum 7. März zu verlängern“, sagte Ministerpräsident Volker Bouffier.

„Ich freue mich, dass wir für Schulen und Kitas eine Öffnungsperspektive haben: Ab dem 22. Februar werden die Klassen 1 bis 6 im Wechselunterricht beschult“, so Bouffier weiter. „Die Kindertagesbetreuung wird zeitlich wieder im Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen für alle Kinder geöffnet – allerdings mit eingeschränkten Betreuungszeiten. Damit halten wir Wort: In Hessen werden wir im ersten Öffnungsschritt mit den Schulen und Kitas beginnen, weil wir Kinder in der Bildung nicht abhängen dürfen.“

Bouffier betonte zudem, dass aufgrund der Virusmutationen weiterhin große Vorsicht geboten sei und Hygiene- und Abstandsregeln dringend beachtet werden müssten. „Daher sind wir mit dem Bund übereingekommen, die im Bundesinfektionsschutzgesetz genannte Inzidenz von 35 als weiteren Zielpunkt für die Lockerung von Schutzmaßnahmen anzupeilen. Mindestens müssen wir aber deutlich unter 50 kommen. Nur so können wir die Nachverfolgung von Kontaktpersonen sicherstellen und Infektionsketten durchbrechen.“ Bouffier betonte, dass die Impfungen weiterhin ein wichtiger Baustein bei der Bewältigung der Pandemie seien. „Hessen geht diesen Weg konsequent weiter. Was wir an Impfstoff bekommen, verimpfen wir. Stand gestern Abend haben wir bereits 175.219 Erstimpfungen und 71.954 Zweitimpfungen durchgeführt. Bei den Bewohnerinnen und Bewohnern von Alten- und Pflegeheimen liegt die Quote bei über 72 Prozent. Es geht voran.“

Schulen und Kitas

„Uns war es von Beginn an wichtig, dass Schulen, Kitas und die Kindertagespflege bei ihren Öffnungsschritten abgestimmt vorgehen und im Gleichklang laufen“, sagten Kultusminister Prof. Dr. Alexander Lorz und Sozialminister Kai Klose zu den anstehenden Öffnungen. „Natürlich steht auch das unter dem Vorbehalt, dass sich der positive Trend bei den Inzidenzen nicht umkehrt. Wir müssen die Infektionslage immer im Blick behalten.“

In den Schulen gilt ab dem 22.2.:

- ▶ Klassen 1 - 6: Wechselunterricht (plus Notbetreuung)
- ▶ ab Klasse 7: Distanzunterricht
- ▶ Abschlussklassen (inkl. Q2): Präsenzunterricht
- ▶ Präsenzunterricht für Abiturientinnen und Abiturienten geplant

„Ich bin sehr froh, dass die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder den von uns und der Kultusministerkonferenz erarbeiteten Empfehlungen folgen, die Jahrgangsstufen 1 bis 6 noch in diesem Monat wieder in den Wechselunterricht zu schicken. Das ist eine spürbare Entlastung für die Familien und die Betreuungssituation zuhause“, so Lorz. Das Angebot der

Notbetreuung, das ein notwendiger Bestandteil des Wechselunterrichts für die Kinder sei, die nicht zu Hause betreut werden können, halte das Land für alleinerziehende Eltern und Familien, in denen beide Elternteile arbeiten, aufrecht.

„Eine gute Nachricht habe ich zudem für alle Schülerinnen und Schüler in der Q2. Mit Blick auf die bereits laufende Vorbereitung für die Abiturprüfungen im kommenden Jahr findet, analog zu den Abschlussklassen, ab dem 22. Februar auch für diese Schülerinnen und Schüler wieder Präsenzunterricht statt. Alle Schülerinnen und Schüler ab Jahrgangsstufe 7 muss ich leider noch um etwas Geduld bitten. Falls der Trend zur Reduzierung der wöchentlichen Inzidenzwerte anhält, planen wir, auch sie so bald wie möglich wieder in die Schulen zurückzuholen.“ Neu ist: Auch in den Grundschulen besteht ab dem 22.2. eine Maskenpflicht.

„Den Appell, Kinder möglichst zu Hause zu betreuen, beenden wir mit Wirkung vom 22. Februar“ sagte Klose. „Es ist wichtig und notwendig, dass alle Kinder wieder Zugang zur Kindertagesbetreuung haben. Gerade die Kleinsten, die in den letzten Wochen zu Hause betreut wurden, brauchen dringend die Rückkehr zu einem Betreuungsangebot. Für die Eltern ist das Signal: Öffnung und Lockerung so sorgsam wie möglich. Dazu gehört auch, dass die Betreuungsangebote zeitlich meist eingeschränkt sein werden, denn die Empfehlung, in konstanten Gruppen zu betreuen, bleibt weiter bestehen.“

Mehr Tests

Mit dem Öffnungsschritt für Schulen und Kitas wird auch das Testangebot für das Schulpersonal sowie die Erzieherinnen und Erzieher weiter erhöht. Das seit Herbst bestehende Angebot der kostenlosen Testung alle zwei Wochen wird auf einen kostenlosen Test pro Woche verdoppelt. Die Tests bleiben freiwillig und können in Arztpraxen durchgeführt werden.

Kontaktbeschränkungen

Die bestehenden Kontaktbeschränkungen bleiben grundsätzlich bestehen. Es gilt weiterhin: Ein Haushalt plus eine weitere Person. Parallel zu den erweiterten Kita- und Schulöffnungen zählen dann auch in Hessen – ähnlich wie in vielen anderen Bundesländern – Kinder unter 14 Jahren dabei nicht mit.

Wirtschaft

Im Einzelhandel müssen die Länder einheitliche Regelungen treffen, um einen Tagestourismus zwischen benachbarten Ländern zu verhindern. „Die Verlängerung des Lockdowns – mit Ausnahme der Friseure – ist notwendig und zugleich ein herber Schlag für unsere Wirtschaft“, sagte Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir. „Die Situation in der Gastronomie, im Handel, in der Veranstaltungs- und Messebranche und Freizeitwirtschaft sowie in Kunst und Kultur ist sehr ernst. Umso wichtiger ist, dass die Auszahlung der Hilfen weiter voran geht und nun endlich die Anträge auf Überbrückungshilfe III gestellt werden können. Es hat viel zu lang gedauert, bis es für die Länder möglich war, die Anträge auf November- und Dezemberhilfe zu bearbeiten und nach den Abschlüssen die regulären Zahlungen anzustoßen. Inzwischen sind in Hessen mehr als Dreiviertel der Anträge auf Novemberhilfe und knapp ein Drittel der Anträge auf Dezemberhilfe abschließend bearbeitet und das

Geld komplett überwiesen.“ Insgesamt sind bereits 390 Millionen Euro an November- und Dezemberhilfe an hessische Betriebe geflossen, 235 Millionen Euro allein an die Gastronomie. Die ersten Abschlagszahlungen der seit gestern beantragbaren Überbrückungshilfe III wolle der Bund schon Anfang kommender Woche anstoßen.

Virusmutation in Hessen

„Es ist uns gelungen, durch die gemeinsame Kraftanstrengung der letzten Wochen die 7-Tages-Inzidenz erfolgreich und deutlich zu senken“, so Klose. Am 11. Januar lag die 7-Tages-Inzidenz bei 162,5. Am 11. Februar lag sie bei 65,8. Parallel geht die Zahl der Personen, die aufgrund der Infektion im Krankenhaus behandelt werden müssen, leicht zurück.

Am 12.01. ist erstmals bei einer Person aus Hessen die mutierte Variante B.1.1.7 (Großbritannien-Variante) des Corona-Virus nachgewiesen worden. Wenige Tage später folgten Nachweise der Brasilien- und Südafrika-Variante. Seitdem haben sich diese Varianten stark in Hessen verbreitet. Gesichert ist, dass zumindest die Großbritannien-Variante deutlich infektiöser ist als die bisherige Form. Das bedeutet, sie verbreitet sich schneller und leichter.

„Diese Entwicklung müssen wir sehr aufmerksam beobachten“, sagte Bouffier. „Aus Ländern wie Großbritannien und Portugal wissen wir, welche Auswirkungen diese Verbreitung haben kann. Vor diesem Hintergrund ist die Anpassung der nächsten Zielmarke für die 7-Tages-Inzidenz auf 35 zu sehen. Es ist wichtig, dass wir den erzielten Erfolg bei der Absenkung der Inzidenzen nicht verspielen.“

Öffnungs- und Perspektivplan

„Hessen wird weiter an Planungsperspektiven für eine sichere und gerechte Öffnungsstrategie arbeiten. Dazu werden wir die Ergebnisse der gestrigen Beratungen in unsere Planungen einbeziehen und dem Bund einen Vorschlag für ein abgestimmtes Vorgehen machen“, so Bouffier. Ziel sei es, bei den nächsten Beratungen von Bund und Ländern am 3. März über eine solche Öffnungsstrategie zu beraten.

Von grundlegender Bedeutung sei, dass alle weiterhin jedes Stück Freiheit mit mehr Sorgsamkeit bei der Beachtung der AHA+L Regeln begleiteteten. „Wir alle haben das Virus im wahrsten Sinne des Wortes in der Hand. Daher beachten Sie bitte diese einfachen und wirksamen Regeln“, appellierte Kai Klose.

Weitere Informationen.

Am 19. Februar – Gedenken zum Anschlag von Hanau

Zum ersten Jahrestag des rassistisch motivierten Anschlags von Hanau werden Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Ministerpräsident Volker Bouffier und Hanaus Oberbürgermeister Claus Kaminsky gemeinsam in einer Gedenkfeier des Landes Hessen und der Stadt Hanau an die neun Opfer der Tat erinnern. An der

Veranstaltung, die am 19. Februar 2021 in Hanau stattfinden wird, wird außerdem Rudi Völler als Ehrenbürger der Stadt Hanau teilnehmen.

„Unser oberstes Ziel ist es, gemeinsam fortwährend gegen Hass und Hetze zu kämpfen und uns den Feinden unserer Demokratie entschieden entgegenzustellen“, sagten Ministerpräsident Volker Bouffier und Hanaus Oberbürgermeister Claus Kaminsky. „In unserer Gesellschaft darf kein Platz für Menschen sein, die Gewalt und Rassismus verbreiten – der schreckliche Anschlag von Hanau wird uns immer Mahnung dafür sein. Ein Jahr nach der Tat wollen wir gemeinsam der Opfer gedenken. Sie sind und werden niemals vergessen.“

„Die Erinnerung an die Opfer lebt in den Herzen ihrer Familien und Freunde“, erklärte Bouffier weiter. „Deren Schmerz um ihren Verlust ist heute so groß wie am ersten Tag und wird niemals vorübergehen. Wir stehen an der Seite der Angehörigen und zeigen, dass es immer unsere oberste Priorität ist, sie zu unterstützen und nicht alleine zu lassen. Wir wissen, dass gerade die Familien noch offene Fragen haben. Es ist uns eine Verpflichtung zu helfen, und diese Fragen – soweit es uns möglich ist – zu beantworten.“

Den 19. Februar als Gedenktag verankern

„Den 19. Februar als Gedenktag zu verankern, ist meine Pflicht, ist aus wichtigen Gründen die Pflicht der Stadt Hanau“, sagte Kaminsky. „An diesem Tag gilt es in erster Linie und in besonderer Weise, gemeinsam mit den Familien der Opfer des rassistischen Anschlags innezuhalten und ihnen an diesem dramatisch-traurigen Datum in Nächstenliebe zur Seite zu stehen. Wir als Stadt und ich ganz persönlich tun dies seit nun einem Jahr täglich. Ich unterstütze die Familien auch in ihrer mehr als berechtigten Forderung nach Aufklärung. Die Antworten sind auch für die Hanauerinnen und Hanauer von großer Bedeutung. Wir wissen, dass am 19. Februar Menschen aus Hessen, Deutschland und der ganzen Welt wieder nach und auf Hanau schauen werden. An dieser Stelle bedanke ich mich ausdrücklich für die Anteilnahme, die uns aus der ganzen Welt erreicht hat. Ich ganz persönlich und wir Hanauerinnen und Hanauer wollen und werden zeigen, dass wir uns der Verantwortung stellen. Für die Familienangehörigen der Opfer und für alle Hanauerinnen und Hanauer. Denn auf die Fragen, wie wir in Zukunft gemeinsam in Frieden miteinander leben wollen und können, braucht es Antworten und Angebote für Dialog, Diskussion, Beratung und Betreuung. So hat die Stadt Hanau ein halbes Jahr nach dem rassistischen Attentat das Zentrum für Demokratie und Vielfalt gegründet. Ein offener Raum für die Bürgerinnen und Bürger – nicht nur, aber vor allem aus Hanau –, der der Demokratieförderung dient.“

50 geladene Gäste im Congress Park Hanau

Die Gedenkfeier wird unter Beachtung aller Beschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie mit rund 50 geladenen Gästen im Congress Park Hanau stattfinden. Neben einem kurzen Film, der sich den Ereignissen des 19. Februar 2020 widmet, sind auch persönliche Videoansprachen der Opferfamilien geplant. Symbolisch und in Erinnerung an jedes der neun Opfer wird eine freistehende und beleuchtete Namenssäule auf der Bühne stehen. Zum Ende der Gedenkfeier werden um 19.02 Uhr alle Glocken der Stadt läuten. Daneben gibt es am Gedenktag viele Aktionen gegen Rassismus in Hanau, an denen sich Vereine, Unternehmen, Schulen,

Religionsgemeinschaften und andere beteiligen. „Wir ermöglichen trotz der schwierigen Umstände ein würdiges Gedenken“, betonten Bouffier und Kaminsky. „In dieser Form möchten wir gemeinsam an die Opfer der Tat erinnern und gleichzeitig ein Zeichen gegen Rassismus, Hass und Hetze setzen.“

„Das Schicksal der neun Menschen, die am 19. Februar 2020 dem rassistischen Anschlag zum Opfer gefallen sind, ist mit der Stadt Hanau verbunden und wird es bleiben. Daher werden wir am ersten Jahrestag der Gräueltaten als Stadt Hanau auf der Seite hanau-steht-zusammen.de ein Digitales Denkmal eröffnen. Zum Gedenken an die Opfer, die keine Fremden waren. Und als Mahnung, dass so eine Tat nie wieder geschehen darf. Sowie mit klaren Blicken in die Zukunft. Ich bin allen Beteiligten, insbesondere den Familienangehörigen der Opfer und den Hanauerinnen und Hanauern dankbar für das Mittun für eine friedliche Zukunft. Hanau ist bunt und vielfältig“, so Kaminsky.

Der Bundespräsident in Hanau

Bundespräsident Steinmeier war unmittelbar nach dem Anschlag am 20. Februar 2020 nach Hanau gekommen. Dort hatte er sich mit den Angehörigen der Opfer getroffen und am Abend auf dem Marktplatz zu den Hanauerinnen und Hanauern gesprochen. Bei der zentralen Trauerfeier am 4. März 2020 hat der Bundespräsident in Hanau die Trauerrede gehalten. Am 23. September 2020 hatte er Angehörige aller Opfer ins Schloss Bellevue nach Berlin eingeladen und sich dort mit jeder Familie zu einem persönlichen Gespräch getroffen.

Bouffier: „Im persönlichen Dialog bleiben“

„Seit dem ersten Tag nach der schrecklichen Tat ist es mir ein persönliches Anliegen, mit den Familien der Opfer in Kontakt und im persönlichen Dialog zu bleiben“, betonte Bouffier. Er war mit den Angehörigen der Opfer unmittelbar nach dem Anschlag in Hanau und erneut am 26. August 2020 in Wiesbaden zusammengekommen, um sich aus erster Hand über ihre Sorgen, Ängste und Bedürfnisse zu informieren. Mit den Interessengemeinschaften und Verbänden, die die Belange der Opferfamilien vertreten, fand am 5. März 2020 ebenfalls ein Treffen statt.

Bereits unmittelbar nach dem Anschlag haben Landesregierung und Sicherheitsbehörden Hilfs- und Begleitangebote für die Überlebenden und die Hinterbliebenen der Opfer angestoßen und bestehende Präventionsprogramme des Landes weiter ausgebaut.

Dazu zählt beispielsweise die Einrichtung eines Fonds des Landes Hessen für Opfer von Straftaten, der auch den Opferfamilien von Hanau zugutekommen wird. Dafür stehen zwei Millionen Euro bereit. Aus dem Fonds sollen Opfern von Straftaten Hilfen zur Bewältigung des erlittenen Unrechts und seiner Folgen gewährt werden. Der Fonds soll dort greifen, wo bereits vorhandene Leistungen beispielsweise aus dem Opferentschädigungsgesetz noch Lücken lassen und somit unbürokratische schnelle Hilfe leisten. Ein Opferbeauftragter des Landes ist zudem für die Angehörigen jederzeit ansprechbar. Er vermittelt Kontakte zu Opferschutzorganisationen und steht den Familien bei der Geltendmachung von Ansprüchen aus dem Opferentschädigungsgesetz sowie gegenüber der Unfallkasse unterstützend zur

Seite. Auch der maßgeblich vom Land getragene Opferhilfeverein Hanauer Hilfe stellt konkrete Hilfsangebote insbesondere in der Traumaverarbeitung zur Verfügung und unterstützt bei Anträgen und weiteren finanziellen Hilfen. Geschulte Polizeibeamte stehen den Opfern und Hinterbliebenen ebenfalls weiterhin als Ansprechpartner zur Verfügung. Gemeinsam mit der Stadt Hanau wurde außerdem ein Sonderförderprogramm mit einem Fördervolumen von 600.000 Euro (für die Jahre 2020 bis 2022) aufgelegt. Gefördert werden insbesondere Vereine oder andere Institutionen, die sich für die Bedarfe in der Opferbetreuung und in der Etablierung eines angemessenen Gedenkens engagieren.

„Es ist für mich von größter Bedeutung, an diesem Jahrestag mit den Angehörigen gemeinsam in stiller Trauer den Opfern zu gedenken“, erklärte Bouffier abschließend. „Wir werden auch weiterhin in engem Austausch mit den Familien stehen und sie voll unterstützen.“

Livestream im HR

Die Gedenkveranstaltung anlässlich des ersten Jahrestages des rassistischen Anschlags von Hanau wird live im HR-Fernsehen übertragen. Auf der eingerichteten Internetseite der Stadt Hanau wird die Gedenkfeier im Rahmen einer Sondersendung (als Livestream) übertragen, die bereits um 17.30 Uhr beginnt.

Weitere Informationen.

Ausbildung – „Das Land braucht auch in Zukunft Fachkräfte“

Mit einem neuen Förderprogramm will Hessen Ausbildungsplätze in kleinen und mittleren Unternehmen aktivieren. Betriebe sollen sich dabei mit anderen Unternehmen oder Bildungseinrichtungen zu Ausbildungsverbänden zusammenschließen, wie Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir mitteilte.

„Das entlastet sie von der alleinigen Verantwortung, und außerdem gibt es beträchtliche Zuschüsse“, so Al-Wazir weiter. „Wir möchten die Unternehmen damit ermutigen, trotz der gegenwärtigen Ungewissheit junge Menschen auszubilden und sich damit die Fachkräfte von morgen zu sichern.“

Das Programm Verbundausbildung zielt auf Betriebe mit weniger als 250 Beschäftigten und deckt das erste Ausbildungsjahr ab. Es übernimmt in dieser Zeit die Ausbildungsvergütungen und – über einen Festbetrag – einen Teil der Kosten der externen Ausbildungsabschnitte. Voraussetzung ist, dass die Partner Kooperationsverträge abschließen. Das Förderprogramm ist bis Ende 2023 befristet, im laufenden Jahr stehen dafür rund 7,5 Millionen Euro zur Verfügung.

Die Corona-Pandemie hat bundesweit die Ausbildungstätigkeit beeinträchtigt. „Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung, Kontaktbeschränkungen, Absage von Ausbildungsmessen und ähnlichen Aktivitäten – all das hat dazu geführt, dass weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen werden konnten“, sagte Al-Wazir. „Gleichzeitig verschärfen sich die Probleme einzelner Branchen bei der Besetzung

von Ausbildungsstellen. Darauf müssen wir reagieren. Junge Menschen brauchen eine Perspektive, und unser Land braucht auch in Zukunft gut qualifizierte Fachkräfte.“

Bereits erfolgreiches laufendes Programm wird fortgeführt

Deshalb führt Hessen das erfolgreiche Förderprogramm für Hauptschülerinnen und Hauptschüler fort und plant dafür in diesem Jahr 3,4 Millionen Euro ein. Das Land trägt dabei im ersten Jahr die Hälfte der Ausbildungsvergütung, im zweiten noch ein Viertel. Anträge können bis zum 30. April 2021 eingereicht werden. Zudem unterstützt das Land Betriebe, wenn sie Jugendliche übernehmen, die ihre Ausbildung abgebrochen haben, besondere Sprachförderung benötigen oder schon länger vergeblich einen Ausbildungsplatz suchen.

Zu den Folgen der Corona-Pandemie gehört es, dass Auszubildende in manchen Branchen nicht alle Stationen vollständig durchlaufen können; für diejenigen, die ihre Prüfung zu absolvieren haben, bedeutet dies eine beträchtliche Erschwernis. Mit Hessens Förderprogramm „gut ausbilden“ können Klein- und Kleinstbetriebe unter anderem Zuschüsse zu zusätzlichen Prüfungsvorbereitungen bekommen. „Unser Ziel ist, dass keine Prüfung an Corona scheitern muss“, sagte AI-Wazir.

Weitere Informationen.

Finanzen – Haushaltsabschluss 2020 veröffentlicht

Corona trifft den Haushalt nach den Worten von Finanzminister Michael Boddenberg hart, aber er hält stand. „Steuern brechen ein, Ausgaben für die Corona-Hilfe schießen in die Höhe: Unterm Strich heißt das für Hessens Finanzen im vergangenen Jahr, dass wir rund 2,3 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen mussten“, sagte Boddenberg bei der Vorstellung des Haushaltsabschlusses 2020. „Die massiven Investitionen und zahlreichen Hilfen von Land, Bund und Kommunen für den Gesundheitsschutz, die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Stützung der Konjunktur entfalten aber auch ihre Wirkung und zeigen: Hessen hält dieser Krise stand. Die Steuern brechen nicht so stark ein wie befürchtet und das Land kann gut erwirtschaftete finanzielle Polster aus den Jahren vor der Krise einsetzen.“ Weitere Informationen.

Kunst – „Die vielfältige Landschaft der Kultur stützen“

Hessen legt für Künstlerinnen und Künstler, Spielstätten und Kultureinrichtungen ein weiteres Unterstützungspaket auf, das die Belastungen durch die Corona-Pandemie abfedern und kulturelle Arbeit ermöglichen soll. Insgesamt 30 Millionen Euro stehen zur Verfügung für Projektstipendien für Künstlerinnen und Künstler, Liquiditätshilfen für Kultureinrichtungen und Spielstätten, Beratungsangebote der Kulturverbände sowie ein Programm für Open-Air-Kultur in den Sommermonaten.

Wissenschaftsministerin Angela Dorn und Finanzminister Michael Boddenberg haben das Programm jetzt vorgestellt. „Um der Kultur in diesen schwierigen Zeiten Halt zu geben, braucht es einen langen Atem. Unser erstes Kulturpaket hat 2020 geholfen, die vielfältige Landschaft der Kultur in Hessen zu stützen – daran knüpfen wir nun an“, erklärte Dorn. [Weitere Informationen.](#)

Neuer Hessenplan – Sonderprogramm für Eigenheime startet

Das neue hessische „Sonderprogramm für Eigenheime“ geht an den Start: Ab sofort können Anträge bei der landeseigenen Förderbank, der Wirtschafts- und Infrastrukturbank (WIBank) Hessen, gestellt werden. Die Fördermittelberatung übernimmt die Landesenergieagentur (LEA) Hessen. „Aus dem ‚Neuen Hessenplan‘ stehen für das Sonderprogramm in den kommenden Jahren insgesamt 25 Millionen Euro als Zuschuss für die energetische Sanierung von Häusern zur Verfügung. Wir erwarten einen ordentlichen Schub für die Sanierungsquote bei Wohngebäuden und damit für den Klimaschutz“, sagte Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir. Das „Sonderprogramm für Eigenheime – sanieren, sparen, Klima schonen“ unterstützt Eigentümerinnen und Eigentümer von Ein- und Zweifamilienhäusern sowie von Eigentumswohnungen in Wohnungseigentümergeinschaften zusätzlich zur KfW-Förderung des Bundes bei der energetischen Sanierung ihres Wohngebäudes. Auf diese Weise können Investitionen in besonders effiziente energetische Modernisierungen mit insgesamt bis zu 60.000 Euro gefördert werden. Voraussetzung für den Zuschuss aus dem hessischen Sonderprogramm ist die Modernisierung nach der KfW-Effizienzhaus-Klasse 55, 70 oder 85. Je besser der Standard, umso höher der Zuschuss. [Weitere Informationen.](#)

Frauenrechte – Elisabeth-Selbert-Preis ausgeschrieben

Seit 1983 würdigt das Land Hessen mit dem Elisabeth-Selbert-Preis Menschen, die sich durch ihren besonderen Einsatz in Alltag oder Beruf für Gleichberechtigung stark gemacht haben. „Mit dieser Auszeichnung zeigen wir, wie sehr wir das Engagement und den Mut von Frauen und Männern schätzen, die Chancengleichheit in unserer Gesellschaft fördern und festigen“, sagte Sozialminister Kai Klose. Die am 22. September 1896 in Kassel geborene Elisabeth Selbert engagierte sich erfolgreich und nachhaltig für Frauenrechte. Sie gilt als eine der Mütter des Grundgesetzes und als die Frau, die dafür sorgte, dass der Gleichberechtigungsgrundsatz im Grundgesetz verankert wurde. Die Landesregierung vergibt die Auszeichnung alle zwei Jahre. Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert. Über die Preisvergabe entscheidet eine Jury. Der Vorschlag oder die Bewerbung muss die Leistung, die ausgezeichnet werden soll, klar benennen sowie darlegen, worin das besondere nachprüfbar Engagement besteht. Mit dem Vorschlag oder der Bewerbung ist gegebenenfalls die zu würdigende Arbeit beizufügen. Eigenbewerbungen sind möglich. Die Bewerbungsfrist endet am Freitag, 30. April 2021. Die Adresse für die Bewerbung lautet: stabsstelle-frauenpolitik@hsm.hessen.de. [Weitere Informationen.](#)

Geschichte – Glauberg und Heuneburg sollen UNESCO-Welterbe werden

Anfang 2024 soll die bestehende deutsche Vorschlagsliste für das UNESCO-Welterbe fortgeschrieben werden. Das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst und das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg schlagen gemeinsam die frühkeltischen Fürstensitze Glauberg und Heuneburg für das nationale Vorauswahlverfahren vor. „Die Heuneburg und der Glauberg sind Teil eines herausragenden Netzwerks frühkeltischer Fürstensitze und gehören zu den bedeutendsten Geländedenkmalen der keltischen Geschichte. Als wirtschaftliche und kulturelle Zentren ihrer Zeit beeindruckten sie uns mit ihren stadtartigen Strukturen, gewaltigen Befestigungsanlagen und Großgrabhügeln mit reich ausgestatteten Prunkgräbern bis heute“, erklärten die baden-württembergische Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut und die hessische Wissenschaftsministerin Angela Dorn. [Weitere Informationen](#).

Zahl der Woche

7 Forschungs-Netzwerke erfolgreich

Beim Bundeswettbewerb Clusters4Future haben 7 Forschungs-Netzwerke gesiegt – darunter auch das Projekt PROXIDRUGS von der Goethe-Universität Frankfurt, der TU Darmstadt, der Uni Heidelberg, des Max-Planck-Instituts für Biophysik in Frankfurt und des Fraunhofer-Instituts für Translationale Medizin und Pharmakologie. Ziel sind bessere Therapien für Erkrankungen wie Krebs, Herz- und Infektionskrankheiten. Quelle: [Wissenschaftsministerium](#)

Link der Woche

[MeldeHelden – Die Melde-App für Hass und Hetze im Netz](#)

Hessen geht bei der Bekämpfung von Hass und Hetze im Netz neue Wege: Mit der App MeldeHelden gibt das Land zusammen mit seinen Kooperationspartner HateAid den Bürgerinnen und Bürgern ein niedrigschwelliges Angebot an die Hand, um Hasskommentare schnell und einfach zu melden.

Hessenbilder



Während der niedrigen Temperaturen der vergangenen Tage waren die Terrassenbrunnen vor dem Kurhaus in Wiesbaden von einer dicken Eisschicht überzogen. Foto: Klaus Euteneuer

Impressum

Der Newsletter der Hessischen Landesregierung wird herausgegeben von:

Hessische Staatskanzlei
Georg-August-Zinn-Str. 1
65183 Wiesbaden

Verantwortlich:
Staatssekretär
Michael Bußer
Sprecher der Landesregierung

Redaktion:
Klaus Euteneuer